

# APOLOGETISCHE BLÄTTER

Mitteilungen des Apologetischen Instituts des Schweizerischen katholischen Volksvereins

Postcheck-Konto VIII 27842

Zürich / Hirschengraben 86

Preis vierteljährlich Fr.2.- Erscheint zweimal monatlich, 12-14 seitig.

Nr.22 (Zweite Novembernummer) 21. November 1941 5.Jahrgang

## S o n d e r n u m m e r .

Zeugnisse über den Kirchenkampf in  
Deutschland und den besetzten Gebieten.

### I n h a l t

- A. Zeugnisse aus Deutschland..... S.266  
I. Gegnerische Schriften und amtliche Verordnungen  
II. Erklärungen katholischer Bischöfe  
III. Protestantische Verlautbarungen
- B. Zeugnisse aus Holland..... S.273  
I. Hirtenbrief der holländischen Bischöfe  
II. Protestantische Zeugnisse
- C. Zeugnisse aus Norwegen ..... S.275  
I. Hirtenbrief vom 15.1.41  
II. Äusserungen des Bischofs Eyvind Berggrav  
III. Bischöfliche Wegweisung vom Oktober 1941
- D. Zeugnisse aus Frankreich..... S.277  
I. Erklärung vom Erzbischof von Paris Kardinal Suhard  
II. Ein Brief von Katholiken an Katholiken in Frankreich

Zur Beachtung: Wir machen unsere Leser darauf aufmerksam, dass die in dieser Nummer vorgebrachten Mitteilungen streng vertraulicher Natur sind. Sie dürfen daher in Zeitungen und anderen öffentlichen Organen nicht publiziert werden.

### Vorbemerkung.

Der Krieg erweckte bei vielen Katholiken wie Protestanten Europas die Hoffnung, dass angesichts des Ringens auf Leben und Tod, in dem selbst nach dem kürzlich erfolgten Zeugnis Reichsminister Goebbels das deutsche Volk steht, die Verfolgung des christlichen Glaubens, von der Papst Pius XI. in seinem Rundschreiben "Mit brennender Sorge" 1937 sprach, ein Ende nehmen werde. Dass diese Hoffnung leider ein Trugbild war, sollen die folgenden Zeugnisse dartun. Leicht erreichbare und bereits weit verbreitete Dokumente werden wir nur kurz skizzieren. Den Wert dieser Nummer unserer Blätter sehen wir in der auf engem Raum überblicksweisen Zusammenstellung, die keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit macht,

sich vielmehr mit einigen Schlaglichtern begnügt.

## A. D e u t s c h l a n d.

### I. Gegnerische Schriften und amtliche Verordnungen.

Bis über die Grenzen unseres Landes drang die Kunde einiger kürzlich erschienener Schriften, die, den Ereignissen vorgehend, den Zielpunkt aufzeigen, auf den die Entwicklung zueilt.

1. Der "Osservatore Romano" vom 23. Oktober 1941 berichtet unter dem Titel "Die neuen Ideen" kommentarlos von einer soeben in Deutschland erschienenen Broschüre: "Das Reich als Aufgabe". Verfasser ist der Vizeregaleiter von Württemberg und oberster Schulungsleiter im Amt Rosenberg Friedrich Schmidt. Der Grundgedanke der Broschüre ist folgender: "Das alte Reich ist dahin, der Nationalsozialismus hat das neue errichtet mit der Aufgabe, Europa zu lenken. Dieses Programm finde seine Rechtfertigung nicht nur in den historischen und geopolitischen Voraussetzungen, sondern auch in der geistigen Macht des Nationalsozialismus. Diese geistige Macht habe die alten Ideen revolutionär überwunden und diese alten, überwundenen Ideen seien: Erstens die Weltkirche, deren Ideen ins germanische Reich zugleich mit dem fremden Christentum gelangt seien, einem Christentum, das dem wirklichen Leben der Welt fremd sei. Zweitens die Idee der Humanität, von der Liberalismus und Marxismus herkommen. Diese zweite Idee sei überwunden, aber noch nicht gelungen sei die Ueberwindung des Christentums, trotz seiner fremden Haltung. Dieser Ideenkomplex könne nicht von heute auf morgen unterdrückt werden. Man müsse mit ungeheurer Geduld und ungeheurer Klugheit arbeiten, damit die Bürger des nationalsozialistischen Reiches endlich ihr natürliches und damit auch göttliches Vorrecht erkennen, das darin liegt, einer Nation anzugehören gegenüber der willkürlichen Zugehörigkeit zu einer Konfession. Gerade jetzt, während des Krieges, sei der Augenblick da, um diese Prinzipien zu verbreiten, weil diese in anderen Ländern nur dann von anderen Völkern angenommen würden, wenn man sie offen in Deutschland anwende" (siehe auch "Ostschweiz" vom 15. Nov. 1941, Abendblatt).

2. Nochmals der "Osservatore Romano" vom gleichen Datum bringt einen sog. "Katechismus der deutschen Gottgläubigen", der in der Zeitschrift "Nordland" am 15. September erschien. Der Leserkreis der Zeitschrift ist freilich gering. Darin heisst es: "An was glauben wir Nationalsozialisten? Wir Nationalsozialisten glauben:

1. an das Göttliche; 2. an die Einheit im Weltall; 3. an die Mutter Erde; 4. an unsere Bestimmung; 5. an die schöpferische Kraft unseres Blutes; 6. an unser Volk und seine Mission; 7. an unsern Führer; 8. an die nationalsozialistische Volksgemeinschaft; 9. an uns selbst. . .

Worin personifiziert sich das Göttliche in seiner erhabensten Form? - Das Göttliche personifiziert sich in seiner erhabensten Form im Volke.

Warum personifiziert sich das Göttliche in seiner erhabensten Form im Volk? - Weil der einzelne gemäss seiner Natur nur ein Mittel ist für das Leben und das Sein des ganzen Volkes. . .

Was folgt daraus, dass das Göttliche in seiner erhabensten Form im Volke personifiziert ist? - Daraus folgt, dass der Dienst für den Führer am Volk und für das Vaterland ein göttlicher Dienst ist. . .

Warum glauben wir an die Erde? - 1. weil die Mutter Erde das Fundament jedes Lebens und jedes Seins ist; 2. weil die Erde nicht ein 'Tränental' ist, sondern der Ort unseres Lebens als Kämpfer. . .

Was heisst Glauben an unser Volk und seine Mission? - An unser Volk und seine Mission glauben heisst: 1. die unerschütterliche Ueberzeugung haben, dass unser Volk den höchsten Wert der ganzen Menschheit der Welt darstellt;

2. dem Willen der Natur Folge leisten, nach welchem das bessere Volk zum Führertum berufen ist; 3. begreifen, dass die Führung des bessern Volkes notwendig für die anderen Nationen zum Segen werden muss;...

Was heisst an sich glauben? - An sich selbst glauben heisst: 1. sich bewusst als den Vertreter des Göttlichen fühlen; 2. überzeugt sein von der Kraft der eigenen göttlichen Fähigkeiten und Energien; 3. stolz jeder Flucht ins Jenseits absagen..." Den ganzen Text siehe in "Schildwache" Nr.7.

3. Am 8. Oktober 1941 brachte der Evangelische Pressedienst (EPD) die 30 Programmpunkte der Nationalen Reichskirche Deutschlands mit dem Vermerk, sie stammten "aus der Küche Alfred Rosenbergs". Teils abhängig, teils unabhängig vom EPD erschienen die 30 Punkte in verschiedenen Zeitschriften. Wir brachten in den "Apologetischen Blättern" Nr.20 einen Auszug. Gegenüber dem vermeintlichen amtlichen Dementi aus Berlin bemerkt der EPD vom 5.11.41: "Es ist wohl nicht unnütz, darauf hinzuweisen, dass die amtliche Verlautbarung aus Berlin vom 2. November, das Bestehen dieses Planes zur Schaffung einer Nationalen Reichskirche nicht bestreitet. Die Verlautbarung wendet sich gegen ein Geheimdokument, von dessen Inhalt Präsident Roosevelt Kenntnis gab und aus dem hervorging, Deutschland beabsichtige, die katholische, protestantische, mohammedanische, hindustanische, buddhistische und jüdische Religion zu beseitigen. Solche Forderungen sind in den dreissig Programmpunkten der Nationalen Reichskirche, die wir publiziert haben, nicht enthalten. Auffallend ist, dass es in der Verlautbarung lediglich heisst, 'ein Dokument über eine Auflösung der Religionen in der Welt' bestehe nicht. Das Bestehen eines Planes für die Schaffung einer Nationalen Reichskirche ist durch die Verlautbarung nicht bestritten worden, obwohl auch dieser Plan, namentlich in der amerikanischen Presse, Aufsehen erregte".

Solche Schriften erscheinen heute in Deutschland ungehindert, während die christliche Presse infolge Papiernot fast völlig verschwunden ist. Die meisten Kirchenblätter, das katholische "Hochland", die "Stimmen der Zeit", die protestantische Zeitschrift "Zeitwende" etc.etc. wurden unterdrückt.

4. Amtliche Gesetze kirchenfeindlicher Natur bestehen im allgemeinen noch nicht. Im Altreich gilt immer noch das Reichskonkordat von 1933. Nur da und dort erscheinen Verordnungen, die man -für sich allein betrachtet- ähnlich wie die Pressebeschränkung auch auf andere Motive zurückführen könnte, so z.B. wenn im Mai 1941 die Bischöfe ersucht wurden, den Muttersonntag von kirchlichen Feiern, welche die weltlichen Feiern beeinträchtigen könnten, freizuhalten; wenn durch Erlass vom 8. April 1941 die Ausübung der seelsorglichen Tätigkeit in Spitälern ganz den Weisungen des ärztlichen Leiters anheimgestellt wird und nur von den Kranken ausdrücklich gewünschte seelsorgliche Betreuung gestattet wird. Oder man denke an die Neuordnung der Schule (cf. "Apologet. Blätter" Nr.9 und 14 etc.).

Schon eine deutlichere Sprache redet eine Verordnung des Reichserziehungsministers vom Juli 1941, nach der beim Nachdruck der Schulzeugnisse die Note für den Religionsunterricht fortzufallen hat, oder die neuere Verordnung desselben Ministers vom September 1941, wonach die Zeit für die Erteilung des konfessionellen Religionsunterrichtes an den Mittelschulen auf die Dauer der Volksschulpflicht eingeschränkt wird. Darüber hinaus ist jeder Religionsunterricht untersagt ("Der Grundriss", Okt. 1941 S.315). Ebenso bezeichnend sind die im Mai 1941 von der Kirchenkanzlei veröffentlichten Richtlinien für den evangelischen Religionsunterricht, wonach vom Alten Testament nur solche Stücke behandelt werden sollen, die zum Verständnis des Neuen dienen, die den Kampf Jesu gegen das Judentum und gegen jede Form von Selbstgerechtigkeit und Werkgerechtigkeit verstehen helfen.. (EPD 18.6:41). Weitere Beispiele zeigen die unten angeführten Bischofserklärungen.

Am weitesten fortgeschritten ist die Ausschaltung der christlichen Kirchen im Warthegau (deutscher Teil von Polen). Bereits im Juli erreichte uns die Nachricht, dass dort alle konfessionellen Frauenverbände zu bestehen aufgehört haben; ihre Häuser, Stationen, Heime wurden von der NSV (Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt) übernommen. Zwar solle "in keiner Weise die Religion angetastet" werden, aber von den Führerinnen des nationalsozialistischen Frauenwerkes, das als totale Organisation alle Frauen des deutschen Ostens umfasst, wird verlangt, "dass sie sich mit den letzten Fragen der nationalsozialistischen Weltanschauung auseinandersetzen" und dass sie sich "bedingungslos" in den Dienst der nationalsozialistischen Bewegung stellen ("Evangelische Diaspora").

Am 13. September 1941 erliess der Reichsstatthalter des Warthegau eine Verordnung über religiöse Vereinigungen und Religionsgesellschaften im Reichsgau Wartheland". Darin wird verordnet:

§ 1. Im Reichsgau Wartheland bestehen die 'Posener evangelische Kirche deutscher Nationalität im Wartheland', die 'Litzmannstädter evangelische Kirche deutscher Nationalität im Wartheland', die 'Evangelisch-lutherische Kirche deutscher Nationalität im Warthegau-West' und die 'Römisch-katholische Kirche deutscher Nationalität im Reichsgau Wartheland' als juristische Personen des privaten Rechts.

§ 4. Die Bestellung zum Vorstandsmitglied setzt voraus, dass der Reichsstatthalter erklärt hat, gegen die in Aussicht genommenen Personen keine Bedenken allgemein politischer Natur geltend zu machen....

§ 5. Religiöse Vereinigungen und Religionsgesellschaften verlieren die Rechtsfähigkeit: 1. im Falle der Auflösung, 2. im Falle der Konkurseröffnung, 3. im Falle der Entziehung durch den Reichsstatthalter.

§ 6. Mitglied einer religiösen Vereinigung oder Religionsgesellschaft kann rechtswirksam nur sein, wer volljährig ist und seinen Wohnsitz im Reichsgau Wartheland hat. Ein Deutscher kann nur Mitglied einer religiösen Vereinigung oder Religionsgesellschaft deutscher Nationalität sein. Polen können nicht Mitglieder einer religiösen Vereinigung oder Religionsgesellschaft deutscher Nationalität sein"...

Jede dieser und zahlloser anderer Verordnungen z.B. die ständig fortschreitenden Klösteraufhebungen mag wie ein Nadelstich erscheinen, in ihrer Gesamtheit stellen sie sich als einen grossangelegten Feldzug dar, der negativ das Christentum dem langsamen Absterben preisgibt und positiv einem neuen Glauben im Sinn des Vizegauleiters Schmidt und des "Nordland" die Wege bereitet. Deutlicher als ein mühsames Aufzählen weiterer Einzelschikanen zeigen die Wirksamkeit dieses Erwürgungsprozesses die Stimmen der Bischöfe und Kirchenführer.

## II. Bischöfe und Kirchenführer.

1. Den Fuldaer Hirtenbrief vom 6. Juli 1941 konnte die KIPA in Nr. 573-76 am 17. September im vollen Wortlaut veröffentlichen. Die Presse brachte meist nur Bruchstücke. Wir bringen die wichtigsten Stellen hier wieder zum Abdruck: "Ihr sollt wissen, dass eure Bischöfe in diesen aufgeregten Zeiten auf dem Posten sind und für die Belange unseres heiligen Glaubens in voller Einmütigkeit untereinander mit allen erlaubten und möglichen Mitteln eingetreten sind und eintreten. Immer wieder haben die Bischöfe ihre berechtigten Forderungen und Beschwerden bei den zuständigen Stellen erhoben. Seid versichert, die Bischöfe reden offen, weil sie als Lehrer des Glaubens und als Verteidiger der Rechte der Kirche die heilige Pflicht dazu in sich fühlen... Die Zeitereignisse, die wir meinen, sind euch allen längst bekannt und Gegenstand eurer und unserer ernstesten Sorgen. Es sind die Beschränkungen und Beengungen, die der freien Glaubensverkündigung und dem religiös-kirchlichen

Leben in der letzten Zeit bereitet wurden. . . . Aber wir verstehen es nicht und sind mit tiefem Schmerze darüber erfüllt, dass manche Massnahmen getroffen wurden, die tief in das kirchliche Leben eingreifen, ohne dass sie durch Kriegsnotwendigkeit begründet sind. Wir erinnern nur an die Einschränkungen auf dem Gebiet der religiösen Erziehung, des religiösen Schrifttums, der ausserordentlichen Seelsorge in Exerzitien und Einkehrtagen, der Seelsorge in den öffentlichen Krankenanstalten, des Gottesdienstes und der kirchlichen Feiertage. (Wir denken mit Trauer daran, dass in den letzten Monaten so manche Klöster und kirchliche Anstalten geschlossen und nichtkirchlichen Zwecken zugeführt wurden. . . .

Unbegreiflich ist es uns und euch, dass solche Massnahmen in der Kriegszeit getroffen werden, in der die geschlossene Einheit des Volkes bewahrt und nicht durch Verletzung der religiösen Gefühle eines grossen Volksteils gefährdet und getrübt werden sollte.

Geliebte Diözesanen! Die Tatsache lässt sich nicht leugnen, dass gegenwärtig, sei es durch Kriegsnotwendigkeit bedingt oder nicht, eine weitgehende Beengung in der Ausübung unserer heiligen Religion besteht. Das darf uns aber nicht entmutigen und nicht nachlässig machen. Die Zeit der Heimsuchung ist eine Prüfung und Bewährung unserer Glaubenstreue. Auf einige Pflichten, die unsere Zeit uns auferlegt, sei besonders hingewiesen. . . .

Mit tiefem Schmerz hören wir die Kunde, dass die katholischen Kindergärten, die als Ergänzung der religiösen Familienerziehung vom katholischen Volk mit besonderer Liebe gepflegt wurden, nunmehr trotz aller Proteste der Bischöfe in weiten Gebieten des Reiches beseitigt werden. Die katholischen Schulen sind uns schon früher genommen. Der Religionsunterricht in den Schulen ist immer mehr verkürzt oder ganz ausgeschaltet. . . .

Es macht uns noch mehr Sorge als alle genannten Einzelercheinungen die Beobachtung, dass z. Z. manche Kräfte an der Arbeit sind, die segensvolle Verbindung zwischen Christus und dem deutschen Volk wieder zu lösen. Es geht um Sein oder Nichtsein des Christentums und der Kirche in Deutschland. Kürzlich ist in hunderttausenden von Exemplaren ein Buch verbreitet worden, das die Behauptung aufstellt, wir Deutsche hätten heute zwischen Christus und dem deutschen Volke zu wählen. . . ."

2. Schon vorher hatte Erzbischof Konrad Gröber von Freiburg die soeben erwähnten Gefahren der Kirche betont. Einleitend bezeichnet er die Gegenwart als "eine religiös entscheidende Zeit, die in ihren Zielen selbst den kirchlichen Umsturz im 16. Jahrhundert noch wesentlich übertrifft". Im einzelnen führt er u. a. aus:

"Die jüngst vergangenen Jahre haben den deutschen Katholiken auf religiös-kirchlichem Gebiete "grosse Änderungen, Einschränkungen und Untergänge gebracht, wie kaum jemals zuvor". Das umfangreiche christliche Jugendwerk und Vereinswesen ist bis auf geringe Reste und Ausnahmen verschwunden.

"Auch der religiös weltanschauliche Gegner wird begreifen, dass wir es schmerzlich und unvergesslich empfinden, wenn uns nunmehr fast nur Trümmer unserer bisherigen Wirkungsstätten umtrauern". . . .

"Nachdem diese Kanäle (die kath. Vereine) katholischer Lehre und christlichen Lebens mancherorts nun zugeworfen oder verstopft sind, erleidet die bisherige klösterliche, ohne Ausnahme deutschstämmige Lehrer- und Erzieher-schaft ein schmerzliches, unerwartetes und unverdientes Schicksal", dem der Erzbischof von weithörbarer Stelle aus anteilnehmenden Gruss und Dank bezeugt. "Es erfuhr aber auch die katholische Verkündigung zweifelsome, trotz aller Ersatzversuche, eine merkliche Schwächung". Dieser Schwächung steht eine erhöhte Gefahrenlage gegenüber, da "der Zustrom unchristlicher Weltbilder und Grundsätze ganz bedenklich anschwell". . . .

"Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, dass sich keineswegs bloss

eine Spaltung im lehrhaft religiös Weltanschaulichen, sondern, trotz aller entgegenstehenden Behauptungen, auch eine Ablehnung der katholischen Menschen als Menschen bemerkbar und fühlbar macht. Nicht nur wird unser Glaube als Vergangenes missachtet und als Rassenwidriges und Deutscheindliches verworfen... Ich selber habe aus verzeihlichem Optimismus gehofft, dass wenigstens der derzeitige furchtbare Waffengang einen Wandel schaffen werde. Ich habe mich getäuscht. Es dünkt mich sogar fast, dass sich mit dem Kriege die Ablehnung und Ausbootung der überzeugt christlichen deutschen Menschen hinter der Front da und dort noch offenkundiger auswirkt als in den Jahren zuvor...

Man kann es nicht oft genug und laut genug rufen: um nichts Geringeres als um den Weiterbestand des christlichen Glaubens und der christlichen Kultur in ganz Europa dreht es sich jetzt.. "

Gemessen an den 8 Seligkeiten ist die neue Moral arktische Kälte und ein Eismeer, in das Lebenswracke erbarmungslos versenkt werden. "Mit der Preisgabe der christlichen Sittenlehre bleibt als massgebend für das sittliche Leben des deutschen Menschen zuletzt nur die Triebkraft oder der eigene ohnmächtige Wille oder der Wille irgend einer menschlichen Macht übrig. Sie alle müssen jedoch deshalb zuletzt zu einem Zusammenbruch der Sittlichkeit des Einzelnen und des Volkes führen, weil bei der Inhaltlosigkeit und Kraftlosigkeit des neuzeitlichen Gottesbegriffes keine im Gewissen bindende, in göttlicher Gerechtigkeit verpflichtende, belohnende und strafende Allmacht sie stützt...

Es sind uns Verlautbarungen bekannt geworden, die keinen andern Zweck verfolgen, als den, die heranwachsenden deutschen Menschen in einen offenen Gegensatz zum katholischen Elternhaus zu bringen! Wir legen freilich nicht allzuvielen Wert vereinzelt Ausführungen jugendlich lauter Menschen bei. Wenn sich diese Bemerkungen aber Monat um Monat mehren und eine Deutlichkeit und Dreistigkeit erreichen, die auf eine Art System und eine unnachgiebige Zielsetzung schliessen lassen, dann sind wir gezwungen, sie aufrüttelnd ernst zu nehmen. Tatsächlich können wir nicht umhin, die christliche Jugend an manchen Orten als religiös gefährdet und in anderen sogar als gegenchristlich beeinflusst und erschüttert oder fast schon verloren zu bezeichnen... Sind nicht bereits untrügliche Anzeichen dafür vorhanden, dass eine entchristlichte Jugend auch dem Volk und Vaterland verhängnisvoll wenig Freude und Ehre bereitet? Gilt es denn für gänzlich ausgeschlossen, dass sich gerade dadurch eine wirkliche Fehlentwicklung verhängnisvoll anbahnt? "

Die besondere Sorge des Erzbischofs gilt der heranwachsenden Jugend. Dies besagt sein Hirtenwort an die Erstkommunikanten April 1941. Darin heisst es: "Selten noch schaute ich so besorgt auf die begnadigten Kinder des Weissen Sonntags als gerade jetzt... Ach, ihr erlebt und erleidet es nur zu bald, warum ich eine schmerzliche Sorge um euch trage und so ergriffen gerade am heutigen Tage zu euch spreche. Eure guten Eltern verstehen mich gewiss, sofern sie den entscheidenden Ernst unserer Gegenwart nicht verkennen... Nichts, aber auch gar nichts in der Welt, darf und kann uns deshalb auch daran hindern, den Heiland eures Herzens zu umschirmen, den Glauben des Heilandes in euren Seelen zu wecken und zu vertiefen und die Feinde des Heilandes von euren Seelen abzudrängen, um damit das tiefe Glück des Weissen Sonntages in euch dauernd zu erhalten".

Ähnliche Klage führen insbesondere über die Entchristlichung der Jugend die übrigen Bischöfe. Vor allem Kardinal Bertram von Breslau, der vor "falschen Ideen und schillernden Phrasen" warnt und Erziehung zum "selbständigen und mündigen Menschen" fordert. Kapitelsvikar Mgr. David von Köln: "Wenn je in einer Zeit, so ist es heute nötig, die Kinder zu rechter Selbständigkeit und Mündigkeit zu erziehen" (Juni 1941).

3. Dass auch der "Kreuzzug" gegen den russischen Bolschewismus an dieser Lage nichts geändert hat, bezeugen die drei Predigten des Bischofs von Münster, Clemens August von Galen, die er am 13. und 20. Juli und am 3. August in Münster hielt. Wir verzichten auf ihre Wiedergabe, da der volle Text in der "Schildwache" (Verlag C. Weder, Rorschach) Nr. 4, 5, u. 6 erschienen ist. Anlass zu diesen Predigten gaben die 9 Klöster, die innerhalb drei Wochen allein in Münster von der Gestapo beschlagnahmt wurden, um sie Parteizwecken zuzuführen (siehe "Apolog.Blätter" Nr. 21). Der Bischof klagt insbesondere darüber, dass dies ohne jegliches Rechtsverfahren und jede Verteidigungsmöglichkeit geschah; alle Proteste blieben erfolglos. Er bezeugt, dass ähnliche Ereignisse sich schon länger im übrigen Reichsgebiet, insbesondere in der Ostmark, in Süddeutschland, in den neuerworbenen Gebieten, im Warthegau, in Luxemburg und Lothringen abspielen. Er bezeugt ferner die völlig rechtswidrige Verhaftung verschiedener Geistlicher, dass man die Religion aus den Schulen verbanne, die katholischen Vereine unterdrücke, in den Schulbüchern, unbekümmert um die geschichtliche Wahrheit, die Kinder mit Hass gegen den christlichen Glauben zu erfüllen suche; durch indirekten Druck einer totalitären Ueberwachung und Lenkung die Freiheit und Unabhängigkeit der Gesinnung bei Erwachsenen in schwere Gefahr bringe. Hintor all dem stehe "abgrundtiefer Hass gegen das Christentum, das man ausrotten möchte". Er bezeugt ferner mit "an Sicherheit grenzendent Verdacht", dass man in Heil- und Pflegeanstalten sog. "Lebensunwerte", Invaliden, Krüppel, unheilbar Kranke, Altersschwache gewaltsam töte. Er stellt fest, dass durch diese Taten die innere Volksgemeinschaft "unheilbar zerstört" sei und verheisst, so sein Ruf ungehört verhalle, dass das deutsche Volk "trotz des Heldentums unserer Soldaten und ihrer ruhmreichen Siege an innerer Fäulnis und Verrottung zugrunde gehen" werde.

4. Von der evangelischen Kirche lassen sich ähnliche Zeugnisse anführen. Der EPD vom 24. Sept. 41 berichtet: "Alle Berichte, die wir aus Deutschland erhalten, melden übereinstimmend, dass sich die kirchliche Lage in den letzten Monaten wesentlich verschlechtert hat. Die Hoffnung, dass der 'Kreuzzug gegen den Bolschewismus' dazu führen werde, dass der Nationalsozialismus den Kampf gegen die christliche Kirche aufgabe, hat sich nicht erfüllt. Man muss im Gegenteil feststellen, dass heute der Kampf gegen die evangelische und die katholische Kirche gleichzeitig geführt wird, was früher nicht der Fall war.

Alle Mitglieder der Leitung der Bekenntniskirche sitzen, soweit sie nicht zum Heeresdienst eingezogen wurden, in Haft. 86 % der Bekenntnispfarrer sind militärisch eingezogen, sodass diese Kirche in ihrer Tätigkeit fast völlig gelähmt ist..

5. Anlässlich der 6. Sitzung des 3. Evangelischen Landeskirchentages vom 2. September 1941 hielt der evangelische Landesbischof (v. Württemberg), D. Wurm, eine Einleitungsrede, der wir folgende Stellen entnehmen: ...

"Umso tiefer betrübt es uns, dass wir eine Störung, eine ausserordentliche Gefährdung dieser Gemeinschaft erleben müssen durch Vorgänge auf kirchlichem Gebiet, durch Eingriffe in das Recht der Kirche und in ihre Einrichtungen. Wir sind ja versammelt, um diese unsere Empfindungen und Anliegen mit ganz besonderem Nachdruck noch einmal bei den massgebenden Stellen vorzubringen, nachdem es der Oberkirchenbehörde und dem Landesbischof persönlich nicht gelungen ist, bei den zuständigen Stellen Gehör zu finden. .. Sie wissen, dass der Religionsunterricht schon lange in einem Zerfall sich befindet. .. Die ausserordentlich grosse Zahl von Einterufungen von Geistlichen und die Lücken, die der Tod schon gerissen hat, hat dann weiter die Folge, dass die kirchliche Versorgung der Gemeinden draussen im Lande sehr erschwert ist und in manchen Bezirken notleidet..."

Durch einen Gewaltsakt, durch einen Bruch feierlich verbriefter Rechte

sind der Ev. Landeskirche in Württemberg vier ihrer Bildungsanstalten, nämlich die niederen Seminare entzogen worden. Das seit Kriegsbeginn geltende Reichsleitungsgesetz ist dazu missbraucht worden, die Gebäude, die den Seminarzwecken dienen, nicht nur vorübergehend zur Behobung eines Kriegsnotstandes, sondern dauernd ihrem stiftungsgemässen Zweck zu entziehen... Ich muss überhaupt feststellen, dass in der ganzen Angelegenheit die in einem geordneten Staatswesen und unter amtlichen Stellen üblichen Formen aufs gröblichste verletzt worden sind. Die Beschlagnahme der Seminare Anfang Juli erfolgte, ohne dass der Seminarstiftung, die ja nach der Vereinbarung im Jahre 1928 die rechtliche Vertretung der Seminare auszuüben hat, eine Mitteilung dieser Tatsache und ihrer Gründe zugegangen wäre. Ausser unserer Beschwerde an das Innenministerium, die mit sehr schwachen Gründen abgelehnt worden ist, hat keines der Schreiben, die an die Reichsstatthalterei und an die zuständigen Reichsministerien abgegangen sind, eine Beantwortung gefunden. Ein Telegramm des Landesbischofs an den Chef der Reichskanzlei, das um Mitteilung unseres Anliegens an den Führer bat, fand lediglich die Antwort, dass wegen der grossen Inanspruchnahme des Führers ein Vortrag in dieser Sache nicht möglich sei. Ein Brief des Landesbischofs an den Herrn Reichsstatthalter, der dritte in dieser Sache, ist trotz vielfacher Bemühungen nicht zur Kenntnis genommen worden. Man muss unwillkürlich fragen: wo ist denn der Mut, der ja doch eine Zierde des deutschen Mannes ist, gerade nach der heute in den Vordergrund gestellten Weltanschauung, wo ist der Mut, eine Sache zu vertreten, wenn das einzig schlagende Argument die geheime Staatspolizei ist? Man hat doch auch in anderen Dingen die Gründe für und wider erwogen. Wir aber werden einfach nicht gehört...

Seit Beginn des Krieges ist eine Massnahme auf die andere gefolgt, die die Zurückdrängung der Kirche aus ihrer Arbeit im Volk zum Ziele hat. Mit einem Federstrich wurde gleich zu Beginn des Krieges der Religionsunterricht aus den obern Klassen der Oberschulen beseitigt. Die Versendung christlichen Schrifttums an die Front, wie sie im letzten Krieg üblich war und auch in diesem Krieg mit Energie eingesetzt hatte, wurde verhindert. Und weit überboten wurde diese Massnahme noch durch völlige Unterdrückung des christlichen Schrifttums mit der Begründung, dass die Konzentration der Kräfte es nicht mehr erlaube, dass diese Blätter, die Gemeinde- und Sonntagsblätter, herauskommen. Unsere Bitte, wenigstens jeder Landeskirche ein Organ zu lassen, durch das sie zu ihren Gemeinden und insbesondere auch zu den Kranken, Alten, vom Gottesdienst ferngehaltenen Gliedern der Kirche spricht- auch diese Bitte ist nicht gewährt worden. Durch einen Erlass des Reichsinnenministeriums ist die Seelsorge in den Krankenhäusern erschwert worden, die Taufen in den Frauenkliniken, Entbindungsanstalten wurden verboten. Selbst das Choralblasen der Kurkapellen in den Kurorten wurde untersagt. Das deutsche Volk wurde zwar aufgefordert, mit seinen Geboten die kämpfenden Truppen zu begleiten, aber das Gebet in der Schule wurde durch ausdrücklichen Erlass des Reichserziehungsministers abgeschafft...

Man steht vor einem Rätsel. Aber seit gestern muss ich sagen, ist mir dieses Rätsel gelöst, und zwar durch eine Broschüre eines Herrn, der früher auch dem Landeskirchenrat angehört hat: des stellvertretenden Cautleiters von Württemberg und obersten Schulungsleiters in Amt Rosenberg, des Herrn Friedrich Schmidt. Es ist von ihm eine Broschüre erschienen: "Das Reich als Aufgabe". Ich kann es mir nicht versagen, Ihnen aus dieser Broschüre einiges mitzuteilen". Es folgt der unter I ausgeführte Inhalt. Dann fährt der Bischof fort:

"Es wird dann weiter ausgeführt, dass gerade die Kriegszeit der richtige Zeitpunkt sei, um diese Ideen zu vertreten. Denn diese Ideen, die neuen Ideen, fanden in anderen Ländern und Völkern nur dann Aufnahme, wenn sie im eigenen Volk restlos durchgeführt worden seien. Also es wird restloser, kompromissloser Kampf angesagt gegen das Christentum.

gegen die 'fremde Weltanschauung', die vor 2000 Jahren eingedrungen ist, mitten im Kriege, weil man hofft, durch diesen kompromisslosen Kampf auch die anderen Völker innerlich zu gewinnen und sie für die Führung Deutschlands in Europa reif zu machen.

Ich will mich nicht näher darüber aussprechen, was von solchen Gedankengängen zu halten ist. Ich konstatiere nur, es ist eine ganz massgebende Stelle, die diese Gedanken vertritt, und ich halte deswegen diese Broschüre für sehr wertvoll und bedeutungsvoll, weil sie uns sagt: die Gedankengänge, die bei uns vertreten sind, ebenso die Erwägungen, man solle doch während eines Krieges die innern Gegensätze ruhen lassen, werden verworfen. Es wird gerade vom Standpunkt der politischen Zweckmässigkeit aus der Kampf, der innere Kampf, innerhalb des Volkes, gegen den christlichen Teil des Volkes für notwendig und wertvoll gehalten. Es kann uns, wenn die Auffassungen in den obersten Parteistellen herrschen, nicht wundern, dass so verfahren wird, wie wir es nun in Württemberg besonders am eigenen Leibe erfahren haben. Es kann uns nicht wundern, dass immer wieder Gerede und Gerüchte umgehen, dass, wenn erst der Sieg errungen sei, ganz entscheidende Massnahmen gegen die Kirche unternommen werden. Ich habe schon im vorigen Jahre den Herrn Reichsstatthalter gebeten, mich zu ermächtigen zu der Erklärung, dass das ein völlig grundloses Geröde sei. Ich habe diese Bitte ausgesprochen, weil ich mir sagte, eine solche Erklärung würde ausserordentlich viel zur Beruhigung der Geister und Gemüter in unserem deutschen Volke, besonders in unserem christlichen Volk beitragen. Aber eine Antwort habe ich nicht erhalten. Und ich weiss jetzt, warum ich keine Antwort erhalte: weil eben in massgebenden Stellen die Auffassung herrscht, die ein Mann in dieser Stellung hier öffentlich vertritt. Es ist mir schmerzlich, das aussprechen zu müssen. Ich würde sehr viel lieber zu einem unbedingten Vertrauen nach der innern Seite der Volksführung auffordern, aber es ist mir nicht möglich, die Tatsachen sind dagegen..."

#### B. H o l l a n d.

Ueber Hollands verzweifelten Kampf mit dem langsam vordringenden Nationalsozialismus haben die Zeitungen manchmal berichtet. Uns interessiert hier nur die religiöse Seite der Auseinandersetzung. Aus der langen Reihe von Zeugnissen seien nur zwei, je ein katholisches und ein protestantisches herausgegriffen.

1. Am 25. Juli 1941 erliessen die holländischen Bischöfe einen Hirtenbrief, der am 3. August in allen Kirchen zur Verlesung kam. Darin heisst es: "Liebe Gläubige! Lange haben wir davon abgesehen, öffentlich von den verschiedenen Ungerechtigkeiten zu sprechen, die uns Katholiken während der letzten Monate angetan wurden.

Es ist uns verwehrt worden, für unsere Werke der Caritas und für unsere kulturellen Einrichtungen Sammlungen zu veranstalten, selbst unter den eigenen Gläubigen, sodass diese Werke in ihrer Tätigkeit und sogar in ihrer Existenz bedroht sind. Unser katholischer Radiosender, für den wir uns lange Jahre hindurch so viele Opfer auferlegt haben, ist uns genommen. Unsere katholischen Tageszeitungen sind unterdrückt oder derart der Freiheit beraubt, dass man kaum mehr von katholischen Zeitungen sprechen kann. Unsere Ordensleute in den Schulen, denen die Eltern ihre Kinder so gerne anvertraut haben, wurden 40 % ihres Gehaltes beraubt, worunter sie schwer leiden müssen. Viele von ihnen geraten in immer grössere Schwierigkeiten, um ihre finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen und auf jeden Fall ist es ihnen unmöglich, die zu allererst immer von ihnen verlangte Caritas zu üben. Zahlreiche Priester und Ordensfrauen können die Leitung ihrer Schulen nicht mehr behalten, nicht weil sie den Ansprüchen des Gesetzes nicht genügten, sondern weil sie Priester und Ordensschwwestern sind. Auf Grund einer Ver-

ordnung über die nichtgewerblichen Vereinigungen und Stiftungen wurden einige unserer Einrichtungen gezwungen, sehr grosse Geldsummen zu bezahlen: u.a. musste die RADBOUT-Stiftung für unsere katholische Universität 143,000 Gulden bezahlen, von dem Geld, das durch jährliche Sammlung kleiner Beiträge zusammengebracht wurde. Die Jugendorganisationen, wie die katholischen Pfadfinder, die Jungwacht, die Kreuzfahrer wurden vollständig und restlos unterdrückt.

Aber jetzt ist etwas vorgekommen, wovon wir nicht mehr schweigen können, ohne unser geistliches Amt zu verraten. Non possumus non loqui. Der Reichskommissar hat bestimmt, dass die Leitung des katholischen Arbeiter-Bundes (Ligue Ouvrière Catholique) jede Tätigkeit einzustellen habe und dass an ihre Stelle ein Kommissar mit allen Vollmachten trete. Dieser Kommissar gehört der nationalsozialistischen Partei an. Damit ist der katholische Arbeiter-Bund mit seinen angeschlossenen Organisationen zugrunde gerichtet und die Ausübung seiner religiösen und sozialen Tätigkeit wird unmöglich.

Ihr wisst bereits, liebe Gläubige, dass wir schon oft an die Gefahren erinnert haben, die der Nationalsozialismus unserem Glauben bringt. Sonntag den 26. Januar haben wir von allen Kanzeln verkünden lassen, dass die Sakramente dem Katholiken verweigert werden müssen, "von dem bekannt ist, dass er der nationalsozialistischen Bewegung deutlich seine Hilfe leiht, weil diese Bewegung die Kirche in der freien Ausübung ihrer Sendung in gewissen Belangen zu hindern droht und im übrigen bei allen, die ihr angehören, eine ernstliche Gefahr für die christliche Lebensauffassung darstellt".

In aller Öffentlichkeit und laut erheben wir unsere Stimme gegen das Unrecht, das diesen Zehntausenden von Menschen angetan wird, indem man sie ihrer sozialen Organisationen beraubt. Wir protestieren gegen die unerhörte Gewalttat gegen ihr Gewissen, indem man ihnen eine Lebensanschauung aufzwingen will, die in offenem Gegensatz zu ihrer christlichen Lebensanschauung steht.

Liebe Mitglieder des katholischen Arbeiter-Bundes, liebe Gläubige! Nur mit blutendem Herzen haben wir all das gesagt. Wir erkennen in aller Lebendigkeit die Opfer, die von Euch verlangt werden. Aber es geht um das Heil Eurer unsterblichen Seelen. Es wäre leicht gewesen, das Schweigen zu halten, aber wir konnten Euch nicht im Zweifel lassen über das, worum es sich handelt. Wir sind darin eines Sinnes mit unseren Brüdern im deutschen Episkopat... Gegeben zu Utrecht, am Fest des hl. Jakobus, den 25. Juli 1941. Dr. J. de Jong, Erzbischof von Utrecht; P.A.U. Hopmans, Bischof von Bréda; A.F. Diepens, Bischof von Bois-le-Duc; J.H.J. Leemens, Bischof von Ruremonde; P.J. P. Huijbers, Bischof von Harlem".

II. Auch in der evangelischen Kirche bietet sich das gleiche Bild. Der Oekumenische Pressedienst vom November 1941 berichtet: "Holland war früher eines der wenigen Länder, die eine Reihe blühender christlicher Tageszeitungen besaßen, von denen die bekannteste "De Nederlander" ist. Im Jahre 1892 gegründet, zählte dieses Blatt hervorragende christliche Staatsmänner wie Dr. De Visser oder Prof. Slotemaker de Bruine zu ihren leitenden Mitarbeitern. Als Organ einer der christlichen politischen Parteien Hollands, hat es eine bedeutende Rolle gespielt und sich besonders für eine soziale Neuordnung im Geiste des christlichen Gemeinschaftsverständnisses und der christlichen Gerechtigkeit eingesetzt. Bis in die Gegenwart hinein ist "De Nederlander" mannhaft für die christlichen Ueberzeugungen eingetreten. Nun erhielt die Schriftleitung kürzlich von der "Kommission für die Neuordnung des Pressewesens" die Mitteilung, dass sie fortan kein Papier mehr erhalten könne und infolgedessen ihr weiteres Erscheinen einzustellen habe. In einem Abschiedswort an den grossen Leserkreis

des Blattes gibt die Schriftleitung der Hoffnung Ausdruck, dass das Band, welches sie bisher zusammenhielt, auch weiterhin bestehen möge.

Mit der Ueberleitung der wichtigen christlichen Zeitung "De Standaard" (früher Organ Dr. Kaypers und Dr. Colijns) in die Hände von Menschen, die sich nicht zu den Grundsätzen bekennen, für deren Verteidigung das Blatt gegründet worden war, dürfte die christliche Tagespresse Hollands zur Zeit aufgehoben sein."

Und bereits am 5. März hat die Synode der Nederl. Hervormde Kerk mit der Unterschrift einer Anzahl anderer protestantischer Kirchengenossenschaften ein offizielles Schreiben an das Kollegium des Generalsekretariates gesandt. Darin heisst es:

"An das Kollegium des Generalsekretariates des Departements der Allgemeinen Verwaltung te 's-Gravenhage. Hochgeehrte Herren, Die unterzeichneten Vertreter der nachfolgenden protestantischen Kirchen Hollands in Sachen betr. das Verhalten dieser Kirchengenossenschaften zur Hohen Obrigkeit, nämlich: der Nederl. Hervormde Kerk, der Gereformeerde Kerken, der Christolijke Gereformeerde Kerk, der Gereformeerde Kerk in Nederland in Hersteld Verband, der Remonstrantsche Broederschap, der Algemeene Doopsgezinde Societät, der Evangelisch Luthersche Kerk fühlen sich gedrungen, sich mit Nachfolgendem an Sie zu wenden:

Die Kirche ist aufs schwerste beunruhigt durch die Entwicklung der Ereignisse, wie diese sich mehr und mehr abzeichnen. Die ihr durch Gott aufgetragene Verkündigung Seines Wortes legt ihr die harte Aufgabe auf, für Recht und Gerechtigkeit, Wahrheit und Leben einzutreten. Sie muss auch ihre Stimme dann erheben, wenn diese hohen Güter im öffentlichen Leben unterdrückt oder angegriffen werden. Dass diese Güter ernstlich in Gefahr sind, kann von dem, der den Zustand unseres Volkslebens aufmerksam verfolgt, nicht mehr übersehen werden. So sind in dem Bild, das die öffentliche Strasse mehr und mehr bietet, in der Behandlung, die in zunehmendem Masse dem jüdischen Teil der holländischen Bevölkerung zuteil wird, in der wachsenden Rechtsunsicherheit, in der wachsenden Verletzung von Christenpflichten, so viele deutliche Anzeichen zu sehen von einem Zustand, der nicht allein die Gewissen unserer Landsleute bedrängt, sondern auch nach der tiefsten Ueberzeugung der Kirche der Forderung von Gottes Wort widerstrebt.."

### C. N o r w e g e n.

1. In Norwegen verschärft sich je länger desto mehr die Spannung zwischen der lutherischen Landeskirche und der deutschen Besatzungsbehörde. Unmittelbar nach der Besetzung des Landes hatten am 9. April 1940 die Bischöfe örtlich zum Gehorsam gegen die Obrigkeit aufgefordert. Jedoch bereits im H i r t e n b r i e f vom 15. Januar 1941 müssen sie feststellen: "In der letzten Zeit sind nun ernstliche Zweifel entstanden, ob das von den Bischöfen nach dem 9. April ausgesprochene Wort zum Gehorsam gegen die Obrigkeit weiterhin haltbar sei, wenn jetzt norwegisches Recht und norwegische staatliche Ordnung nicht mehr unangetastet bleiben. Drei Umstände lassen immer deutlicher erkennen, dass das Rechtswesen als solches von Grund auf zersetzt ist.."

Diese Umstände sind erstens Gewalttaten der Hirten, die keiner gerichtlichen Verhandlung unterzogen wurden. "Im Gegenteil der höchste Vertreter der öffentlichen Ordnung erliess am 14. Dezember einen Tagesbefehl an die Polizei, nicht einzugreifen, sondern sich 'aktiv um die Hirten zu scharen'". "Zweitens. Ein anderes Verhältnis... betrifft die Unsicherheit nach dem Rücktritt des Höchsten Gerichtshofes allgemein und auch für die Glieder der Kirche... 3. Tief eingreifend für die Pfarrer ist die neulich veröffentlichte Verordnung des Polizeidepartements (vom 13.12.), gemäss

welcher das Polizeidepartement die Schweigepflicht der Pfarrer aufheben kann. Unsere Schweigepflicht ist nicht nur durch das Gesetz festgelegt, sondern ist immer auch eine Grundbedingung gewesen für das Wirken der Kirche und des Pfarrers, wenn man die Seelsorge ausübt und die Beichte von Menschen in Not empfangen hat. ... Diese Magna Charta des Gewissens aufzuheben, ist ein Eingriff in den Lebensnerv der Kirche..., der dadurch noch verschärft wird, dass laut § 5 der neuen Verordnung das Polizeidepartement zuständige Pfarrer verhaften lassen kann, um ein Bekenntnis zu erzwingen, ohne vorerst die Sache einem Gericht zu unterbreiten".

2. Im Mai hielt Bischof Eyvind Berggrav im Juristenverein von Oslo einen Vortrag über "Religion und Recht", der grosses Aufsehen erregte. In der Zeitschrift "Kirke och Kultur" wurde er wiedergegeben. Darin heisst es: "Was das Verhältnis der Kirche zum Staat betrifft, setzt das Bekenntnis der Kirche in deutlichen Worten fest, dass die Kirche zu einem Staat der legitimen Ordnungen Stellung zu nehmen habe. Die Kirche hat ihr Bekenntnis zum Rechtsbegriff als zugehörigen Teil in ihre Grundproklamation eingehen lassen. Gott ist ein Gott der Rechtsordnung. Unsere Religion beginnt mit Gesetzen: ihre erste Lehre sind die zehn Gebote Gottes. Und sie endet mit einem Gesetz, dem neuen Gebot: Liebe deinen Nächsten in der Tat und in der Wahrheit. ....

Aber die Kirche beugt sich vor dem Recht, die Kirche hat nicht über das Recht zu bestimmen. Merke wohl: beugt sich vor dem Recht, dies bedeutet nicht dasselbe wie jede scheinbare Rechtsordnung. Denn über allen Rechtsgeboten und über aller Macht steht Gott, wie er mit seinem Worte durch unser Gewissen spricht".

3. Im August berichtet die schwedische Zeitung "Svenska Dagebladet", in Norwegen sei ein eigentlicher Kirchenkampf ausgebrochen. Die norwegischen Bischöfe hätten sich im Juli in Oslo versammelt. Die "Nationale Sammlung" habe erwartet, dass bei dieser Gelegenheit ein Schreiben erlassen werde, dass die Haltung der norwegischen Christen beim Ausbruch des Krieges im Osten klarlege. Die Bischöfe hätten durch Bischof Berggrav jedoch sagen lassen, sie seien nicht geneigt, sich diesbezüglich zu äussern. Sie seien der Ansicht, der gegenwärtige Kampf gegen den Bolschewismus und die Gottlosenbewegung sei eine rein kriegspolitische Angelegenheit, die selbstverständlich nicht auf die Tagesordnung einer Kirchenkonferenz gehöre. Ferner weil ein NS-Kommissar in den "Pfarrverein der norwegischen Kirche" eingesetzt wurde, seien sämtliche Vorstandsmitglieder der alten Leitung zurückgetreten, wofür sie mit einer Busse von 3000 Kr. pro Person bestraft wurden, darunter auch Bischof Berggrav. Bischof Stören in Trondheim und Bischof Maroni in Agda (70 und 68 Jahre alt) seien vom nationalsozialistischen Kultusministerium abgesetzt worden.

4. Im Oktober erliess das Kultusministerium eine Verordnung, wonach Theologiekandidaten als Pfarrer nur noch angestellt werden dürfen, nachdem sie eine Erklärung über ihre politische Haltung abgegeben haben. Das Kultusministerium klagt über den "Streik" der Kirchenbesucher gegenüber den Pfarrern der Quislingpartei. Die Kirchen blieben bei Amtierung solcher Pfarrer einfach leer.

Im gleichen Monat richteten die norwegischen Bischöfe an die Geistlichen und Kirchenvorstände des Landes ein wegweisendes Wort (nach Bericht vom "Norsk Kirkeblad" vom 3. Okt. 1941). Darin heisst es: "In einer sündigen Welt ist es unvermeidlich, dass dabei Vorkommnisse im Leben des Einzelnen und der Gesellschaft im Lichte des Wortes Gottes verurteilt werden müssen. Das 'Erbauliche' im Sinne der 'Verharmlosung' würde eine Verleugnung Gottes bedeuten, der das Gewissen gerade an seiner verwundbarsten Stelle treffen will. Hierbei gilt aber selbstverständlich, dass Gottes Wort uns alle in gleicher Weise behandelt, ohne Rücksicht auf die besonderen nationalen, politischen und sozialen Umstände.

Es geht nicht an, dem Worte Gottes und seiner Verkündigung will-

kürlich eine Grenze zu setzen und zu behaupten, dass jenseits dieser Grenze der freie Herrschaftsbereich der Welt beginne. Als in der vorausgegangenen Generation gewisse Kreise den Grundsatz "Die Kunst um der Kunst willen" aufstellten und dieser Losung entsprechend unter Ausschaltung der sittlichen Gebote leben wollten, setzte die Kirche zu tatkräftigem Gegenstoss ein. Und das wird immer wieder der Fall sein, mag es sich um das Gebiet der Kunst, der Politik, der Wirtschaft handeln oder wenn immer Menschen nach eigenem Belieben schalten und walten wollen ohne danach zu fragen, ob ihre Handlungsweise dem unzweideutigen Wort und Gebot Gottes widerspricht. Eine solche Aufspaltung der Lebensbereiche ist unvereinbar mit dem Anspruch Gottes auf den ganzen Menschen und das gesamte Gemeinschaftsleben. Der Ruf an die Jünger Christi, das Licht der Welt und das Salz der Welt zu sein, bleibt unverändert" . . .

#### D. F r a n k r e i c h .

Von Frankreich laufen die Nachrichten nur spärlich ein. Ein klares Bild der Lage zu erhalten ist äusserst schwierig. Wir bringen deshalb vom besetzten wie vom unbesetzten Frankreich je ein Dokument, aus dem der Feinhörige die Sorge um das Schicksal der Kirche unter dem heutigen Druck heraus hören wird.

1. "Der Erzbischof von Paris Kardinal Suhard hat eine Erklärung an den Seelsorgeklerus veröffentlicht, worin er zu einigen brennenden Tagesfragen Stellung nimmt. Gestützt auf die Grundsätze, welche die Versammlung der Kardinäle und Erzbischöfe der besetzten Zone Frankreichs zu Beginn dieses Sommers proklamiert haben, stellt der Kirchenfürst fest, dass Kirche und Klerus der tatsächlichen Regierung ohne knechtische Unterwürfigkeit aber loyal gegenüber stehen. Die Kirche stellt sich auf den rein religiösen Boden und hält sich, was immer für Aufforderungen an sie gerichtet werden könnten, von jeder Parteipolitik fern. Sie lehnt es darum ab, Personen oder Handlungen in massloser Weise zu loben und beschränkt sich darauf, die Autorität der Staatsgewalt anzuerkennen. Sie verurteilt die systematische Kritik an der Regierung, wodurch nur der Anarchie die Wege bereitet werden, und sie fordert von ihren Gläubigen in allen gerechten Dingen Gehorsam gegenüber der Obrigkeit. Die Kirche verlangt Achtung der menschlichen Persönlichkeit, verurteilt jede Ungerechtigkeit und ruft nach Nächstenliebe gegenüber allen. Darum ist sie schmerzlich betrübt über die Angriffe und Ausschreitungen, die sich seit einigen Wochen ständig wiederholen und die nur die öffentliche Ordnung stören und unvermeidlichen Repressalien rufen. Der Erzbischof fordert zum Schluss die Katholiken zu einem beherzten Realismus auf, der in Selbstbeherrschung gegenüber den Ereignissen besteht und der nicht allzu leichte Hoffnungen in den Geisternaufkommen lässt" (Kipa Okt.41).

2. Wir entnehmen dem "Semeur Vaudois" folgenden Brief, der durch eine Gruppe katholischer Pfarrer an alle Pfarrer der unbesetzten Zone Frankreichs gerichtet wurde und der ein interessantes Dokument für die Stimmung in katholischen Kreisen Frankreichs darstellt. Es heisst da u.a.:

"Anlässlich der Nationalsynode der reformierten Kirche Frankreichs in Alès vom 6. zum 8. Mai bemerkte Pfarrer Bertrand, Präsident des Konsistoriums der reformierten Kirche in Paris: ' Man bemerkt im Gottesdienst oft Personen, die nicht dem Protestantismus angehören, und die Pfarrer erhalten täglich zahlreiche Briefe, die von einer ungeheuren Verwirrung der Seelen und Geister zeugen. Menschen, die in ihrer eigenen Kirche keine befriedigende Antwort gefunden haben auf die Probleme, die sie

bewegen, versuchen anderorts mehr Klarheit zu suchen und zu finden'. - Eine Erklärung dieser offiziellen Art und Tragweite stellt das christliche Gewissen vor die dringende Frage, ob es sich selber treu bleiben will. Es besteht kein Zweifel darüber, dass gegenwärtig unter zahlreichen Katholiken, die ohne Hintergedanken den Weisungen der Hierarchie für eine loyale Zusammenarbeit mit den Behörden Folge leisten möchten, mehr und mehr eine Misstimmung Raum gewinnt. Aber sie halten durch auch angesichts so verwirrender Tatsachen, sie sind machtlose Zeugen einer zweideutigen Haltung, indem sie jeden Tag mit wachsender Ungeduld bevollmächtigte Weisungen von ihrer Kirche erwarten, die jene höchste Sorge des christlichen Glaubens zum Leitmotiv haben: Trachtet am ersten nach dem Reiche Gottes .

Die Kirche hat sich tatsächlich, d.h. diejenigen ihrer Glieder und Führer, die bestimmend wirken in Wort und Schrift, - noch selten mit einer solchen Unerschrockenheit auf den Plan des politischen Geschehens gewagt, wie es durch unsere Niederlage und die Anwesenheit des Feindes mit seinen offenen und verborgenen Forderungen bestimmt wird, andererseits aber hat sie seit mehr als einem Jahr ein Schweigen bewahrt, das voller Missverständnisse ist in Bezug auf die Gefahren, die die Integrität des katholischen Bekenntnisses bedrohen, als ob die Kirche aus Furcht, Missfallen zu erregen, die Bauleute dieser irdischen Stadt nach den Normen ihrer Lehre und ihrer Handlungsweise fragen müsste, um Christi Werk fortzuführen...

Die Christen, denen die Sorge um die Forderungen der Gerechtigkeit und der Liebe besonders am Herzen liegen, die den Weisungen des Heiligen Vaters, dessen Enzykliken nicht mehr zu finden sind, treu bleiben möchten, beschränken sich darauf, unter ihrem Mantel die wundervollen Briefe des Pfarrers Karl Barth an seine französischen Freunde, die Zeugnisse des kompromisslosen Mutes der Bischöfe von Holland oder Belgien zur Verteidigung der Katholischen Aktion und zur wirksamen Unterstützung der christlichen Syndikate zu tragen, Zeugnisse des unerschrockenen Gehorsams gegenüber dem Evangelium, auf Grund deren Norwegen, ohne zu wanken, das Gewicht des nationalen Unglücks trägt, endlich den Alarmschrei der deutschen Bischöfe und ihr Protestschreiben, das am 6. Juli 1941 von den Kanzeln verlesen wurde" (E P D Oktober 1941).

-----